

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

Donnerstag

HERAUSGEBER: DR. FRITZ GERLICH
Schriftleitung und Verlag: München, Hofstaß 5, 2. Stock
Postfachkonto München Nr. 2426 / Telefon 93378/93379

Einzelverkauf: 20 Pf., 30 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen
Bezugspreis monatlich 90 Pfennig einschließlich Zustellgebühr und kostenloser Unfall- und Sterbegeldversicherung

Nummer 18

München, den 1. Mai 1932

4. Jahrgang

Hitler im Jahre 1932

Ein Kritiker schreibt über deutsche Unsinnigkeiten des Jahres 1932

Der Herbst und Winter des Jahres 1931 und das Frühjahr des Jahres 1932 waren mit den erbitterten Kämpfen der deutschen Parteien ausgefüllt. Im Frühjahr fanden die großen Wahlschlachten um die Reichspräsidentenwahl statt, ebenso die Wahlen für Landtage in Preußen, Bayern und Württemberg. Im Reich war Hitler seinem unglücklichen Gegenüber, dem Reichspräsidenten Hindenburg unterlegen in einem Wahlkampf von über 6 Millionen Stimmen. In den Landtagen waren die Mandate der Nationalsozialisten gewaltig hinausgeschmetzt, so in Preußen von

9 auf 176, in Bayern von 9 auf 43 und in Württemberg von 1 auf 28. Nur die Parteien hatten sich im Wahlkampf gehalten, die den bewußt laienhaften Volkstun hinter sich hatten, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei. Die übrigen bürgerliche Mitte war vernichtet. Der Sozialismus hatte eine schwere Schlappe erlitten und beträchtlich an Mandaten verloren. Die Situation schien eine äußerst schwierige geworden zu sein. Es fehlte vielfach an Arbeit und Mut, um dem Kapitalismus entgegenzutreten.

autorität ungeachtet verhöhlen ließ und daß sich die führenden Männer mit einer inhumanen Schamlosigkeit in ihr Schicksal zu ergeben schienen. So kam es denn, daß die Staatsautorität betruet, unterwühlt wurde, daß alles aus den Fugen ging. Man konnte sich nicht vorstellen, daß die Männer verschwinden mußten, die so wenig auf ihre eigene Ehre und auf die Autorität des Staates bedacht waren.

Einige der schwersten Fehler: Beamte - Justiz - Universitäten - Polizeigewalt

Mit dieser schweren Nachlässigkeit verband sich ein anderer geradezu katastrophaler Fehler. Man hatte übersehen, daß der Staat immer stärker mit unangewiesenen Beamten durchsetzt wurde. Das Deutsche Reich vor dem Krieg hatte sich darauf viel zugute getan, daß sein Beamtenstand müßterfähig bestand. Von irgendwelcher Artzweck gegenüber dem Staat war keine Rede. Freilich hatte

den Grundgesetzen treu zu sein. Doch muß der Beschäftigte wissen, daß die historische Verantwortlichkeit nicht ausschließlich bei den deutschen Universitäten der damaligen Epoche nicht von dem Geist erfüllt waren, der diese Charaktere hätte ergeben können. Den Justiz galt als höchste Pflicht der Grundgesetz, daß der Staat die Quelle allen Rechtes sei. Eine höhere Bindung durch Naturrecht und Gottesgesetz erkannte sie nicht an, das wäre in ihren Augen eine Beeinträchtigung der Staatshoheit gewesen oder gar eine Züre, durch die irgendein kirchlicher Einfluß hätte einmischen können. Es war daher auch begründet, daß der Staatsbeamte das Recht nur allzu leicht als eine Art Privatrecht aufzufassen pflegte. Da die Staatsautorität in seinem Bewußtsein weniger in der Erkenntnis religiöser Bindungen verankert war, sondern mehr in einem zwar sehr guten, aber doch an tiefere sittliche Normen nicht gebundenem Herrschen, konnte er, von den Strömungen seiner Zeit verführt, leicht dazu kommen, einen Staat, der ihm innerlich nicht gefiel und der ihm materiell nur dann noch wertvoll erschien, die er ihm in seinem Dienst schuldig gewesen wäre. Auch mancher Beamte verließ jener merkwürdigen Hochschule, die jene traurige Zeit so stark charakterisierte.

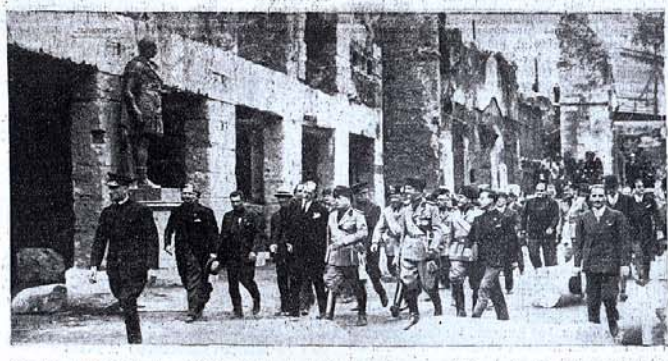
Entwicklung des Kommunismus

Wir wollen im einzelnen die Fehler aufzeigen, an denen die damalige Zeit krankte. Der unersündlichste Fehler war eine ungläubige Gefährdung der staatlichen Existenz.

Wir haben früher schon dargelegt, wie sich der Kommunismus in Deutschland entwickelt hat. Man konnte es noch verstehen, daß in den ersten Zeiten nach der Revolution alles wie betäubt war, so daß man nicht zu einem vernünftigen Schluß gegen diese Partei auszuholen wagte. Doch als der Sozialismus in seiner Souveränität gebrochen war und sich mehr zu einer leidenschaftlichen revolutionären Partei entwickelte, wurde es vollständig auf revolutionäre Ziele verzichtet, wäre es sicher möglich gewesen, den Kommunismus in Deutschland zu vernichten. Die Kommunisten legten mit keiner Silbe ihre revolutionären Ziele und ihren Zusammenhang mit Moskau. Sie bestanden unerschütterlich gegen jede staatliche Ordnung und unterwühlten die öffentliche Sicherheit. Sie organisierten immer an Störaktionen teilzunehmen und im Reichstag Anträge, die jeder Eitlichkeit wohl sprachen. In den gesetzgebenden Körperschaften suchten sie jede politische Arbeit der anderen Parteien unmöglich zu machen durch unerhörte Redaktionen, bei denen sie allerdings oft genug die Unterstützung der Nationalsozialisten erlangen konnten. Sie organisierten immer an Störaktionen teilzunehmen und im Reichstag Anträge, die jeder Eitlichkeit wohl sprachen. In den gesetzgebenden Körperschaften suchten sie jede politische Arbeit der anderen Parteien unmöglich zu machen durch unerhörte Redaktionen, bei denen sie allerdings oft genug die Unterstützung der Nationalsozialisten erlangen konnten. Sie organisierten immer an Störaktionen teilzunehmen und im Reichstag Anträge, die jeder Eitlichkeit wohl sprachen. In den gesetzgebenden Körperschaften suchten sie jede politische Arbeit der anderen Parteien unmöglich zu machen durch unerhörte Redaktionen, bei denen sie allerdings oft genug die Unterstützung der Nationalsozialisten erlangen konnten.

ung, die doch in erster Linie die Existenz des Staates schütten und garantieren muß, den Brandstiftern des staatlichen Baues die gleichen Abgeordnetenrechte zubilligte, wie allen anständigen Deuten.

Rom feiert „Geburtstag“



An dem alljährlichen geschichtlichen Feiertag der Arbeiter des „neuen Italiens“ fand in diesem Jahr die feierliche Einweihung der Ausgrabungen statt, die vor kurzem auf dem Julius-Cäsar-Forum gemacht wurden. Gleichzeitig wurde eine Bronze-Kopie der Statue des Julius Cäsar im Kapitol enthüllt.

Die Behandlung der Hitlerbewegung

Eine weitere erschauende Tatsache jener Epoche ist die Behandlung der Hitlerbewegung. Mit der Verschlingung des Führers der nationalsozialistischen Bewegung haben wir uns schon früher befaßt. Die Regierungen der Länder hatten die klare Einsicht in der Hand, daß im Frühjahr 1932 von Seiten der Hitlerbewegung revolutionäre Absichten bestanden. Die Unterjugend hatten reiches Material zutage gefördert. Aber es geschah etwas ganz Wertwüdriges. Im April des Jahres 1932 wurden dem Reich aus die SA und SS mit all ihren Unterabteilungen aufgelöst. Wie wenig der Staat damals seine Beamten in der Hand hatte, beweist der Umstand, daß die einzelnen Abteilungen in den Städten des Reiches schon 24 Stunden vorher über die zu erwartenden Maßnahmen der Polizei unterrichtet waren und alles vorbereiten konnten, was von größerer Bedeutung war. Die Polizei beschlagnahmte Papiere und Uniformen, aber man ließ trotz aller Dokumente die Parteiführer in Freiheit, ein Ver-

halten, das in der Zeit vor dem Krieg sicher unmöglich gewesen wäre. Die beschlagnahmten Uniformen würden dem Staat gar nichts, die Führer konnten aber ruhig weiterarbeiten. Es gab unter den führenden Staatsmännern und Parlamentariern immer noch Leute genug, die der Ansicht waren, daß sich mit dieser Bewegung doch noch ruhig verhandeln lasse und daß die Führer zu einer soliden parlamentarischen Arbeit heranzuziehen wären. Schon vor den Frühjahrswahlen waren bald da bald dort Artikel erschienen, die „Brüden nach Rechts“ lauten wollten und die, zum meinten, es verblühte die christlich orientierten Parteien doch sehr mit dem Übergehalt des Nationalsozialismus. Deshalb spielte man auch alsbald nach den Wahlen mit dem Gedanken einer Koalition. Wir werden später sehen, wie furchtbar und unphlogisch jene Kreise dachten. Schon wenige Monate nach den Wahlen bekehrten sie die Tatsachen eines anderen, aber es war zu spät.

man in mancher Hinsicht den Beamtenstand zu hoch eingeschätzt. Seine Vorgesetzten meinten in ähnlicher Weise als in der Beurteilung des Charakters. Dazu hatte ja schon die Revolution des Jahres 1918 und die darauffolgenden Jahre Beweise in Fülle geliefert. Es kam einem Teil wahrhaftig mehr darauf an, die Stelle zu halten und auf der Beibrückungsleiter weiter hinaufzuklimmen, als sittlich hochstehen.

Staatliche Machtmittel hätten versagen müssen

Am verhängnisvollsten hat sich der Umstand ausgegirt, daß auch die staatliche Polizeigewalt teilweise unterwühlt wurde. Ueber diesen Punkt hatte man sich auch in eingemeinlichen Kreisen am längsten getäuelt. Solange es nur darauf ankam, einen Versammlungsschlag zu stellen oder irgendein Büro auszudehnen, schien alles prächtig zu klappen. Man hatte sich zwar in den verantwortlichen Kreisen immer gefragt, ob wohl Reichspolizei, Polizei und Gendarmerie zum ausreichen seien. Der eine oder andere hand im Betrug, den revolutionären Parteien mindestens immer nicht abgeneigt zu sein. Der Staat hatte auch schon Anlauf genommen, die Polizeibildungsschulen zu unterziehen und verdächtige Offiziere aus der Reichswehr zu entlassen. Aber er war nie zu dem Entschluß gekommen, die Gendarmerie in ihrer Tätigkeit anzuzweifeln, hatten in ihren Formulierungen eine starke Festigkeit mit dem Sprachgebrauch des Nationalsozialismus. Auch die ganze Veränderung der nationalen Haltung war im weitestesten Sinne die gleiche und sich nicht zu den tiefsten Punkten hin zu bewegen. Die jüngeren Offiziere hatten die gleiche und sich nicht zu den tiefsten Punkten hin zu bewegen. Die jüngeren Offiziere hatten die gleiche und sich nicht zu den tiefsten Punkten hin zu bewegen.

Es hatte sich gerade in jener Epoche gezeigt, daß alle staatlichen Machtmittel versagen müssen, wenn das Bewußtsein das Handeln des Menschen nicht mehr orientiert und dirigiert. Gegenüber seiner Polizeigewalt hätte die Staatsregierung allerdings den Versuch befolgen müssen, daß ein fest bestimmter Staat schon den Mann aus dem Dienst entlassen muß, dessen Verhalten zu schweren Verbrechen Anlaß gibt. Wenn die Staatsregierung wartet, bis der Fehler erwischt ist, dann ist in diesem Fall das Unglück bereits geschehen und der Polizeischlag ist verhängnisvoll. Eine der beherrschendsten Aufgaben besteht darin, die Mitarbeiter bestmöglich zu beaufsichtigen, der den Lebensenergie des Staates betrifft.

Unterwühlung der Staatsautorität

Ein weiterer schwerer Fehler der damaligen Zeit war der, daß man keinen Sinn hatte für die schwere Misachtung der Staatsautorität. In den Zeiten der Monarchie galt es als Grundprinzip, daß die Krone nicht in die Debatte gezogen werden durfte. Man hatte auch ein Empfinden dafür, daß ein Staatsminister nicht behandelt werden darf wie irgendeiner und daß die Staatsregierung für sich eine Behandlung in Anspruch nehmen muß, die Form und Respekt auslöst, wenn es auch den Abgeordneten unbenommen blieb, in sachlicher Parlamentstribüne den Amtshandlungen der Minister und seiner Beamten entgegenzutreten. Diese etwas vornehmeren Sitten hatten sich in dem Übergang zur Republik ganz gewaltig geändert. Gerade die Minister waren die Leute, die man am ungünstigsten mit Schmutz und Verächtlichkeit befeuern konnte. Man sagte öffentlich das Wort Demokratie so auf, daß einer so dumme und so gemein sein dürfte, als er

wolle. Die Staatsautorität hatte unter dieser eigenmächtigen Geisteshaltung sehr gelitten. Die Nationalsozialisten insbesondere taten sich darin hervor, den ihnen nicht genehmen Ministern die größten und ungedrehten, Worstürze zu machen. Dazu kam der ungläublich rohe Ton der Presse. Man ging sogar soweit, daß man regierende Männer wie alle sonstigen Leute von Einfluß mit dem Tode bedrohte. Der Reichspräsident, den jene Partei in fortwährender Weise als aufgekommen hatte, führte in Wort und Schrift die wildesten Lebensbedrohungen, die führenden Männer sprachen von „Legalen Verleumdungen“, der die Schuldigen des Systems dem Jenseits überantworten werde. Die Jugend wurde in einem Sinn beeinflusst, die bei einem Großteil jede Ehrfurcht vor der staatlichen Autorität erlosch und ein Bewußtsein heraus, dessen größte Auswirkung in einem volkenden Egoismus lag. Ueber das Wertwüdrigkeit ist, daß man die Staats-

Das Verlangen der Justiz. In Deutschland wagte um jene Zeit niemand, etwa der staatlichen Justiz zum Vorwurf zu machen, sie sei bestechlich, wie das in anderen Ländern teilweise festzustellen war. Bestechlich war die deutsche Justiz auch damals allerdings nicht. Aber sie mußte doch der schwere Fehler vorgezogen werden, daß sie oft nicht eingriff, wo sie hätte eingreifen sollen. In ihrem Gang war sie ohnehin sehr schwerfällig und es hätte längst der Staat in Brand gesetzt werden können, bis der Staatsanwalt nach monatelangem Aufenthalt sich darüber äußerte, was er einen Paragraphen finden könnte, der ein staatliches Verbrechen darstellte. Die Justiz war offensichtlich zu verächtlich und zu wenig lebendig. Wenn ich jetzt auch behaupten, daß irgendwelche Leute andere Mitarbeiter damit bedrohten, sie würden gefangen, wenn die neue Nacht am Ruder wäre, bemühten sich die